



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

diese Woche war Haushaltswoche in Berlin: Wir haben im Deutschen Bundestag in zweiter Lesung die Etats aller Verfassungsorgane sowie aller Bundesministerien beraten und am Freitag abschließend den Bundeshaushalt für das Jahr 2020 beschlossen. Dabei ist es uns erneut gelungen, einen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen und zugleich die richtigen Weichenstellungen für unser Land vorzunehmen. Im Fokus stehen — den aktuellen Herausforderungen entsprechend — innere und äußere Sicherheit, Klimaschutz, Bildung, Forschung und sozialer Zusammenhalt. Auch die Kommunen vor Ort profitieren: Rund 32 Milliarden Euro mit direktem oder indirektem kommunalem Bezug stehen zur Verfügung. Mehr zum Bundeshaushalt finden Sie auf den kommenden Seiten.

Für großes Staunen unter den Berliner Großstädtern haben am Dienstag die protestierenden Landwirtinnen und Landwirte mit ihren 8.600 Traktoren gesorgt. Mit ihrer als Graswurzelbewegung organisierten Traktorensternfahrt und ihrer Kundgebung am Brandenburger Tor haben sie unter dem Motto „Land schafft Verbindung“ mit Nachdruck für ihre Anliegen und ein Miteinander bei der Bewältigung der gesellschaftlich wichtigen Herausforderungen wie Klima-, Umwelt- und Tierschutz gekämpft. Mit von der Partie waren Bäuerinnen und Bauern aus meinem Wahlkreis. Mit einer Gruppe von ihnen konnte ich im Vorfeld der Kundgebung über die brisanten Themen diskutieren. Einen Bericht über dieses Gespräch und den Bauernprotest können Sie auf Seite 6 nachlesen.

Vor der Haushaltswoche in Berlin war ich auf dem Bundesparteitag der CDU in Leipzig sowie viel in Gifhorn und Peine unterwegs. Mehr dazu auf den nächsten Seiten dieses „Schulterblicks“. Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre!

Herzliche Grüße  
Ihre und Eure



## Bericht aus Berlin

### Solider Haushalt für kommendes Jahr

In dieser Woche beschlossen wir im Deutschen Bundestag den Bundeshaushalt 2020. Schwerpunkte sind entsprechend der für unser Land bestehenden Herausforderung innere und äußere Sicherheit, Klimaschutz, Bildung und Forschung und sozialer Zusammenhalt. Insgesamt belaufen sich die Ausgaben des Bundes im Jahr 2020 auf 362 Milliarden Euro. Dabei stärken wir insbesondere die Wachstumskräfte mit Investitionen auf Rekordniveau, nämlich mit knapp 43 Milliarden Euro. Wir stellen damit wichtige Weichen, um unser Land fit für die Zukunft zu machen.

Mit dem Haushalt schaffen wir Rahmenbedingungen, damit unser Land gut in das nächste Jahrzehnt startet. Denn es gilt: Eine gute Wirtschaftspolitik ist zugleich auch die beste Sozialpolitik. Nur wer erfolgreich wirtschaftet, kann etwas Schwächere unterstützen. Diesem Grundsatz fühlen wir uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion verpflichtet. Bereits seit 2014 kommt der Bundeshaushalt ohne neue Schulden aus; das bleibt auch mit dem Bundeshaushalt 2020 so. Finanzielle Solidität und Berechenbarkeit, sowie eine nachhaltige Haushaltspolitik sind und bleiben Markenzeichen der Union.

Da ich als Fachpolitikerin vor allem in den Bereichen Familie und Landwirtschaft in Berlin tätig bin, möchte ich Ihnen exemplarisch die beiden Haushalte in aller Kürze vorstellen.

**Familienpolitik.** Gegenüber dem Regierungsentwurf wurde das Haushaltsvolumen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend um knapp 251 Millionen Euro erhöht. Der Etat beläuft sich damit auf knapp 12,1 Milliarden Euro. Die beiden größten Veränderungen sind hier die Erhöhung des Unterhaltsvorschusses für Alleinerziehende um 148 Millionen Euro und zusätzliche Mittel in Höhe von 50 Millionen Euro für die Freiwilligendienste. Auch für das zivilgesellschaftliche Engagement und zur Extremismusprävention werden zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt.

**Landwirtschaft.** Der Etat des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft steigt um weitere 59 Millionen Euro und beläuft sich damit auf knapp 6,7 Milliarden Euro. Zu nennen sind insbesondere die Mittelaufstockungen für die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz im Bereich „Nährstoffmanagement“ und für die Ackerbaustrategie.



## Bericht aus Berlin

### Innere Sicherheit und Justiz

Die innere Sicherheit in Deutschland wird durch rund 3.900 neue Stellen für das Bundesinnenministerium und seine nachgeordneten Behörden verbessert, rund 750 Stellen davon haben wir Abgeordnete in den Haushalt verhandelt.

Im Ergebnis erhalten unter anderem das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz mehrere hundert zusätzliche Stellen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus. Am stärksten profitieren mit einem Zuwachs von 2.150 bzw. 650 neuen Stellen die Bundespolizei bzw. die Zollverwaltung. Zusätzlich erhält die Bundespolizei eine Finanzierungszusage in Höhe von 1,7 Milliarden Euro bis 2031 zum Erwerb von Transporthubschraubern. Für 500.000 Euro sollen alle Hubschrauber der Bundespolizei, für die dies technisch möglich ist, für die Bekämpfung von Waldbränden mit Lasthaken und Wasserbehältern nachgerüstet werden. Aufgrund der Nachrüstung stehen diese Hubschrauber dann voraussichtlich bereits in der kommenden Brandsaison bereit. Auch das THW erhält zusätzliche Mittel, beispielsweise für neue Notstromaggregate.

Weiterhin bekommen die Länder im Rahmen des Paktes für den Rechtsstaat für den Ausbau ihrer Gerichte und Justizbehörden 110 Millionen Euro für das Jahr 2020.

### Verteidigung, Auswärtiges und Entwicklung

Das Bundesministerium der Verteidigung erhält im Jahr 2020 zusätzliche Mittel in Höhe von knapp 137 Millionen Euro. Der Etat beläuft sich damit auf knapp 45,1 Milliarden Euro. Der Mittelaufwuchs dient vor allem zur Beteiligung an dem NATO-Programm Enhanced Forward Presence in Litauen und zur Beschaffung neuer Munition. Im Ergebnis steigt die sogenannte NATO-Quote (Verteidigungsausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, BIP) im Jahr 2020 auf 1,42 Prozent. In den Folgejahren werden weitere Anstrengungen erforderlich sein, um eine angemessene Ausstattung unserer Soldatinnen und Soldaten zu gewährleisten und das Ziel von 1,5 Prozent des BIP bis 2024 zu erreichen.

Für das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wurden in den parlamentarischen Beratungen gegenüber dem Regierungsentwurf zusätzlich gut 200 Millionen Euro bereitgestellt. Damit stehen nun 60 Millionen Euro zusätzlich für die humanitäre Hilfe im Ausland zur Verfügung. Für das BMZ stehen für das Jahr 2020 knapp 10,4 Milliarden Euro zur Verfügung, ein Plus zum Jahr 2019 von rund 1,2 Prozent. Das BMZ hält eine Schlüsselrolle in der Bekämpfung von Fluchtursachen inne.



## Bericht aus Berlin

### Bildung und Forschung

Eine neue Rekordhöhe erreicht im Jahr 2020 — im Vergleich zum Entwurf der Bundesregierung — der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) mit einem Volumen von knapp 18,3 Milliarden Euro.

Verantwortlich hierfür ist insbesondere die Aufteilung der zweiten Tranche „Künstliche Intelligenz“ in Höhe von gut 500 Millionen Euro. Hiervon bekommt allein das BMBF knapp 155 Millionen Euro. Um die von den Ländern angemeldeten Bedarfe finanziell zu decken, werden auch für den Digitalpakt Schule weitere 222 Millionen Euro in das Sondervermögen „Digitalfonds“ eingestellt.

Die Hochschul- und Wissenschaftspakte werden fortgesetzt und mit entsprechenden Mitteln ausgestattet. Ebenso ist die Finanzierung der beschlossenen Leistungsverbesserungen des BAföG im Haushalt 2020 und im Finanzplan abgebildet. Für die „Nationale Dekade gegen den Krebs“ sind zusätzlich 140 Millionen Euro, verteilt auf die Jahre 2020 bis 2023, vorgesehen.

### Arbeit, Soziales und Gesundheit

Den größten Etat hat mit rund 150,2 Milliarden Euro auch weiterhin das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Insbesondere wurden entsprechend der erwarteten Bedarfe die Ansätze für das Arbeitslosengeld II um 700 Millionen Euro und für die Kosten der Unterkunft im SGB-II-Rahmen um 800 Millionen Euro erhöht. Hier spiegelt sich die Entlastung der Kommunen aus der vollständigen Übernahme der Kosten der Unterkunft für anerkannte Asylbewerber durch den Bund wider. Der Bundeszuschuss an die Rentenversicherung erhöht sich im Jahr 2020 um 136 Millionen Euro und übersteigt mit knapp 102 Milliarden Euro erstmals die Schwelle von 100 Milliarden Euro.

Der Etat des Bundesministeriums für Gesundheit wächst im Jahr 2020 um weitere 25 Millionen Euro auf knapp 15,4 Milliarden Euro. Dieser Aufwuchs kommt unter anderem der gesundheitlichen Aufklärung der Bevölkerung, insbesondere zum Thema Impfen, sowie der Kofinanzierung der Konzeptentwicklung des sogenannten Landärzteprogramms an Hochschulen und dem Projekt „Praxis ohne Grenzen“ zugute. Außerdem belaufen sich die Finanzierungszusagen für das Bauvorhaben Universitäres Herzzentrum Berlin auf 100 Millionen Euro. Wir wollen eine gute Gesundheitsversorgung für unsere Bevölkerung garantieren und dabei auch Forschung nicht zu kurz kommen lassen.





## Bericht aus Berlin

### Klimaschutzprogramm 2030

Mit dem Bundeshaushalt 2020 werden die Beschlüsse des Klimaschutzprogramms 2030 umgesetzt. Konkret bedeutet dies, dass rund 7 Milliarden Euro im Energie- und Klimafonds für Förderprogramme zur CO<sub>2</sub>-Minderung zur Verfügung stehen: Die Mittel werden unter anderem für die energetische Gebäudesanierung, zum Heizungstausch, für die Ladesäuleninfrastruktur, die erhöhte Elektroauto-Prämie sowie die Batterie- und Wasserstoff-Forschung verwendet. Neu gegenüber dem Regierungsentwurf sind insbesondere die folgenden Programme: Wasserstoffeinsatz in der Industrieproduktion (445 Millionen Euro bis 2024), Antriebstechnologien und moderne Kraftstoffe für die Luftfahrt (200 Millionen Euro für 2020 und 2021), Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel (100 Millionen Euro bis 2023), hybrid-elektrisches Fliegen (75 Millionen Euro bis 2024) und das Innovationsprogramm moderne Energien für KMU (46,5 Millionen Euro bis 2023). Wir zeigen damit: Klimaschutz gelingt **vor allem durch Innovation und Technologie**, nicht durch Verbote.

Wir wollen, dass ab dem 1. Januar 2020 auch im Fernverkehr der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent gilt, und so Bahnfahren günstiger machen. Um die Anreize für klimafreundlicheres Bahnfahren noch zu erhöhen, wird die Luftverkehrssteuer (insbesondere für vergleichsweise kurze Distanzen) erhöht. Auch international engagieren wir uns mit zusätzlich 600 Millionen Euro für den globalen Klimaschutz. Für die Förderung des Exports von Technologie zur Bekämpfung von Plastikmüll werden darüber hinaus 15 Millionen Euro bis 2023 im Einzelplan des Bundesumweltministeriums bereitgestellt.

Man darf nicht vergessen: Wir sind zwar nur für 2 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich, stellen aber auch nur 1 Prozent der Weltbevölkerung. Somit haben wir die Aufgabe, auch unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren und ein gutes Beispiel zu sein. Dennoch ist es mir wichtig, dass wir dabei gerade unsere ländliche Heimat und heimische Wirtschaft nicht vergessen. Wir wollen diesen schwierigen Spagat erfolgreich absolvieren.

### Verkehr und digitale Infrastruktur

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur erhält gegenüber dem Regierungsentwurf zusätzlich 175 Millionen Euro. Der Etat beläuft sich damit auf 31,0 Milliarden Euro und steigt im Vergleich zum Jahr 2019 über 2 Prozent an. Das Geld soll zum Beispiel genutzt werden, um das Schienennetz zu sanieren und auszubauen sowie die Attraktivität und Barrierefreiheit der Bahnhöfe zu erhöhen. Auch das Erdbeobachtungssystem Copernicus soll ausgebaut werden. Des Weiteren erhalten die Länder in den folgenden Jahren durch das Sonderprogramm „Stadt und Land“ rund 637 Millionen Euro für Investitionen in den Radverkehr.



## Bericht aus Berlin

### Mit Traktorensternfahrt kämpfen Bauern um ihre Anliegen



Links: Landwirtschaftsministerin Klöckner auf der Demo; rechts: Ingrid Pahlmann mit einer Delegation im Bundestag

An dem Bauernprotest am vergangenen Dienstag in Berlin nahmen nach Angaben der Veranstalter der Traktorensternfahrt ca. 40.000 Menschen teil. Die Polizei zählte rund 8.600 Traktoren, die aus dem gesamten Bundesgebiet angerollt kamen.

Die Proteste machten nicht nur optisch einen unvergesslichen Eindruck, sondern waren auch ein sehr deutliches Zeichen an die Politik, Gesellschaft und Medien, dass in der Landwirtschaft die Luft brennt und dass es so nicht weitergehen kann. Die Landwirtinnen und Landwirte sind nicht für alle Verfehlungen im Umwelt- und Klimaschutz verantwortlich und wir dürfen sie nicht zum Sündenbock der Nation machen.

Die Landwirtschaft hat sich in der Vergangenheit bereits deutlich in puncto Nachhaltigkeit weiterentwickelt. Es wurden viele Vorhaben zum besseren Schutz der Umgebung in die Tat umgesetzt und ein großer Beitrag zu mehr Umwelt- und Naturschutz geleistet. Als Beispiel seien hier die erfolgreichen Wasserschutzkooperationen zwischen Landwirtschaft und Wasserversorgern in den Regionen zu nennen. Diesem Weg des Miteinanders und der Innovation wird sich die Landwirtschaft auch in Zukunft nicht verschließen.





## Bericht aus dem Wahlkreis

### Besuch aus dem Landkreis Peine



Auf den Weg in die Bundeshauptstadt machten sich Ende November rund 50 Peinerinnen und Peiner. Die Teilnehmer hatten drei Tage lang die Möglichkeit, das politische Berlin ins Auge zu nehmen und sich mit mir über aktuelle Themen auszutauschen.

Zu den sehenswerten Stationen der Reise zählten unter anderem der Blick hinter die Kulissen des Kanzleramtes sowie der Blick über die Schulter der Arbeitsweise des Bundestages und des politischen Alltags einer Bundestagsabgeordneten. Besonders berührt hat die Reisegruppe der Besuch der ehemaligen Zentralen Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit der DDR in Berlin-Hohenschönhausen. Dort berichteten ehemalige Häftlinge von den Methoden der Stasi, die dort im geheimen Gefängnis angewandt wurden.

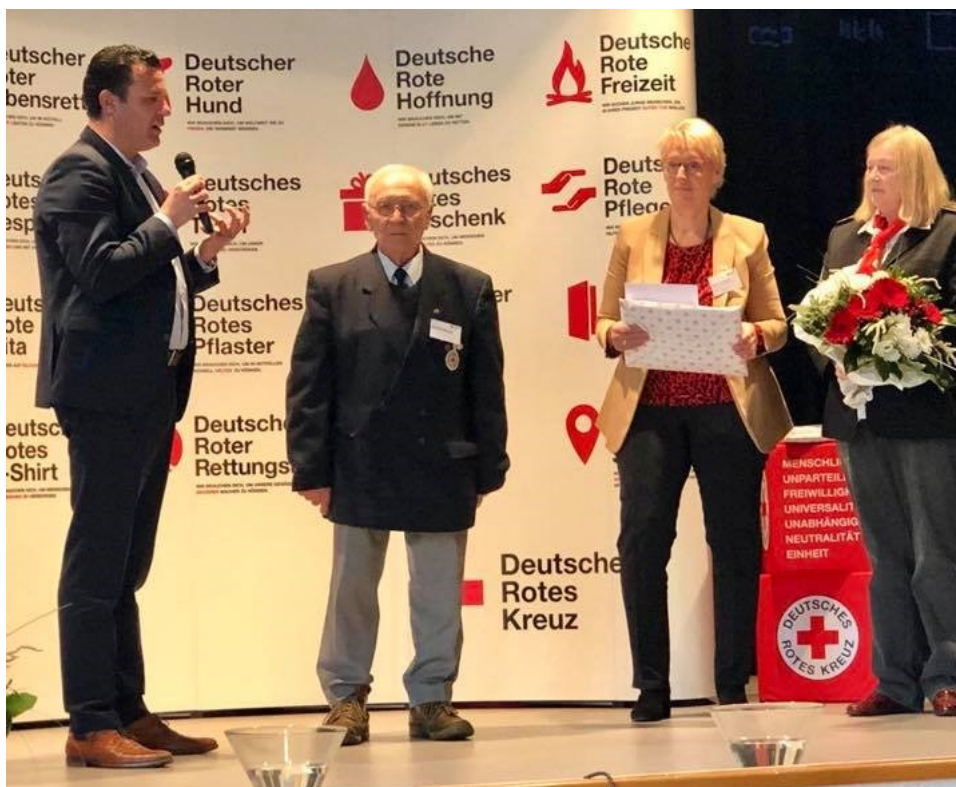
Darüber hinaus standen auf dem Programm ein Besuch und ein Gespräch im Bundeswirtschaftsministerium sowie eine Besichtigung der Dauerausstellung im Tränenpalast, der ehemaligen Ausreisehalle von der DDR in den Westen am Bahnhof Friedrichstraße.

Ein besonderer Dank geht an meine Abgeordnetenkollegin aus Hannover, Dr. Maria Flachsbarth MdB, die mir dieses Fahrtenkontingent zur Verfügung gestellt hatte.



## Bericht aus dem Wahlkreis

### Kreisversammlung 2019 des DRK Gifhorn



Zu Gast bei der Jahresversammlung des DRK Kreisverbandes Gifhorn in der Stadthalle: Dort wurden unter anderem vom Vorsitzenden des Präsidiums, dem Gifhorer Bürgermeister Matthias Nerlich (links im Bild), Ehrungen für langjährige Mitgliedschaften im Kreisverband durchgeführt.

Immer wieder beeindruckend und ein großes Vorbild, über wie viele Jahre sich Menschen für andere Menschen freiwillig und unentgeltlich engagieren. Der DRK-Kreisverband Gifhorn kann mit seinen rund 10.000 Mitgliedern auf fast 1000 ehrenamtliche Unterstützerinnen und Unterstützer bauen.

Ein besonderes Angebot des DRK Gifhorn ist das Projekt „Wunschmomente“, welches gemeinsam mit dem Palliativnetz Gifhorn e. V. und Hospizarbeit Gifhorn e. V. durchgeführt wird. In diesem Projekt wird Menschen, die an einer unheilbaren Krankheit leiden, ein Wunsch erfüllt.

[Mehr über das Projekt und wie Sie es unterstützen können, finden Sie mit einem „Klick“ im Internet auf der Seite des DRK Gifhorn.](#)





## Bericht aus dem Wahlkreis

### CDU-Bundesparteitag in Leipzig

Fotos: Ingrid Pahlmann und Gifhorn's Europa-abgeordnete Lena Düpont mit Delegierten und Gästen aus dem Wahlkreis Gifhorn/Peine auf dem Bundesparteitag der CDU in Leipzig.



Der 32. Bundesparteitag der CDU fand in Leipzig unter dem Motto **„Deutschlands starke Mitte“** statt. Mit dabei waren auch Delegierte und Gäste aus den CDU-Kreisverbänden Gifhorn und Peine.

Für uns als Union gilt auch weiterhin die Tradition: Zuerst das Land, dann die Partei und dann die Person. Daher halte ich es für gut und richtig, dass wir die aufgekommene Personaldiskussion nun beenden und uns wieder auf die Sacharbeit für unser Land konzentrieren. Daher haben wir auf dem Bundesparteitag viele Beschlüsse gefasst, in denen wir unsere Vorstellung für unser Land und dessen Zukunft festhalten.

Wichtig für mich als Bundestagsabgeordnete: Wir haben in den letzten Monaten bereits sehr viel umgesetzt. Darauf müssen wir aufbauen und uns noch stärker auf die Sacharbeit konzentrieren. Damit werden wir unserem Anspruch gerecht, Antworten auf die Zukunftsfragen zu finden: Digitalisierung, Wertschöpfung und Wirtschaften in der Welt von morgen, Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur, aber auch die Bewahrung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft verdienen und benötigen unsere volle Aufmerksamkeit.

[Die Beschlüsse des Bundesparteitages finden Sie hier auf der Internetseite unserer CDU.](#)



**Sprechen Sie uns an —  
wir sind gerne für Sie da!**

## **Kontakt/Impressum**

### **Ingrid Pahlmann MdB**

#### **Bundestagsbüro Berlin**

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 11, 11011 Berlin  
Telefon: 030 227-2340  
Fax: 030 227-76067  
E-Mail: [ingrid.pahlmann@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann@bundestag.de)

#### **Wahlkreisbüro Gifhorn**

Steinweg 5, 38518 Gifhorn  
Telefon: 05371 740 69 28  
Fax: 05371 937 38 74  
E-Mail: [ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de)  
Ansprechpartner: Frederick Meyer

#### **Wahlkreisbüro Peine**

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine  
Telefon: 05171 769 92 49  
Fax: 05171 150 34  
E-Mail: [ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de)  
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



## **Copyright**

### **Fotos**

Kopfzeile S. 2-6: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde

Kopfzeile S. 7-9: Altes Rathaus Peine: Losch / [commons.wikimedia.org](https://commons.wikimedia.org); privat; Schloss Gifhorn:

© Anne Bermüller / [pixelio.de](https://pixelio.de)

Kopfzeile S. 10: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann

Alle weiteren Fotos: privat